

Die Berliner Tagung des Reichsparteiausschusses.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(Berlin, 13. Febr. (Eig. Drahtb.)

Befanntlich liegt es die politische Situation münchenermaßen erscheinen, die berufenen Parteifunktionäre zu einer Sitzung nach Berlin einuberufen. Am Sonntag tagte der Reichsparteivorstand und am Sonntag trat der Reichsparteiausschuß des Zentrums unter Leitung von Reichstanzler Dr. Marx zusammen. Den Hauptgegenstand der Beratungen des Reichsparteivorstandes bildeten, abgesehen von den gesamtpolitischen Fragen, organisatorische Probleme und die politische Bildungsarbeit innerhalb der Partei. Zur Förderung dieses letzteren Zweckes wurde eine eigene Gesellschaft gegründet. Des weiteren wurde die Unterhaltung der Frauenabteilung und der Winthorfbünde besprochen, ferner die Vorbereitung der für den 14. März vorgesehenen Reichsmittelstandskonferenz, sowie die Frage der Materialsammlung für die Geschichte der Zentrumsparlei.

Am Sonntag früh um 10 Uhr versammelte sich der Reichsparteiausschuß, ebenfalls unter Vorhitz des Reichstanzlers Dr. Marx. Anwesend waren die meisten dem Zentrum angehörenden Minister der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung, ferner eine beträchtliche Zahl von Reichs- und Landtagsabgeordneten u. a. Herold, Dr. Schreiber, Dr. Naas, Dr. Stegerwald, Wiesert, Dr. Görlich, Wlani, von Papen, sowie mehrere Mitglieder des Reichsrats. An den Führer der badien. Zentrumspartei, Prälat Dr. Schöser, der infolge Erkrankung am Erscheinen verhindert war, wurde ein Begrüßungs-Telegramm gesandt.

Dr. Marx behandelte in längeren Ausführungen den Gang der politischen Entwicklung seit December 1936. Er betonte dabei u. a., das Zentrum nehme für sich in Anspruch, kraft der christlichen Grundsätze, die es immer in seinen öffentlichen Arbeiten vertreten habe, diejenige Politik zu treiben, die es für das Wohl des ganzen deutschen Volkes für zweckmäßig erachte. Darum sei es auch immer eine besondere Aufgabe des Zentrums gewesen, erzieherisch zu wirken in dem Sinne, die politischen Kräfte auf allen Seiten dem Staat und der Arbeit für das Gesamtwohl nutzbar zu machen. Von diesem Gesichtspunkt sei auch die Tätigkeit der Reichsjustizstrafkassen, die zu den letzten Ergebnissen geführt habe, zu beurtheilen. Der Reichsjustizminister legte die unter Betonung des Zieles der Zentrumstrafkassen dem Staat und das Volk vor einer Entwicklung zu bewahren, die nur zu einer Steigerung der inneren Schwierigkeiten, ja vielleicht zu einer Katastrophe, hätte führen können. Die Zentrumspartei sei sich bewußt, daß sie vor einer ganz besonders schweren Aufgabe stehe, die sie nur erfüllen könne, wenn die Partei im Lande geschlossen und vertrauensvoll hinter der Fraktion stehe.

Die Ausführungen des Reichstanzlers fanden in der Versammlung einen lebhaften Widerhall. Seine Ausführungen wurden noch durch einige Darlegungen des Abgeordneten Zosch ergänzt. Sodann wurde beim neuen Reichsfinanzminister Dr. Pöhlner in herrlicher Willkommengruß entbotten. Darauf gelangte eine von Reichstagsmitglied Dr. Penning eingebrachte Entschließung zur Verlesung, welche folgenden Wortlaut hat:

„Der heute in Berlin tagende Reichsparteiausschuß der Deutschen Zentrumspartei billigt die Politik der Zentrumsfraktion des Reichstags und spricht ihr das volle Vertrauen aus.“

In der Begründung wies Reichsrat Dr. v. S. einj Inſonſondere darauf hin, daß die Aktivität, welche die Frazktion des Reichstags entfalten habe, überall gebilligt werde, und daß man auch die geſchäftliche Taſſit der Frazktion und ihrer Unterhän- der bei den Verhandlungen durchaus anerkenne. Das große Ziel, das ſich die Partei ſetzen müſſe, ſei ſiegtigt und Geſchloſſenheit. Man ſchreibe ſich ſelbſt geſte ſetzt, zu arbeiten und zu werden innerhalb der Partei.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns behandelte die sozialen Probleme, welche die neue Reichsverfassung unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen zu bewältigen hat, vor allem die Frage der Arbeitslosenversicherung und das kritische Problem der Regelung der Arbeitszeit. Hierauf richtete Abgeordneter Dr. Rüdner über die Tätigkeit des in Erfurt eingeleiteten Ausschusses zur Prüfung der Frage der Reform des Reichswahlgesetzes. Die Behandlung dieses Problems biete ungeheure Schwierigkeiten. Es sei in Aussicht genommen, etwa drei Wochen Material für einen ersten Vorschlag dem Ausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen. An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch Dr. Kaas und Fräulein Schmitz.

Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Das deutsche Schriftstück.

):(Berlin, 12. Februar.

Der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, hat dem polnischen Bevollmächtigten heute mittig ein Schreiben zugehen lassen, in dem in der Einleitung an die Vorstellungen der deutschen Regierung wegen der Ausweisung von vier leitenden Beamten der Oberschlesischen Kleinbahn, Elektrizitätswerke, u. S. erinnert wird. Dieser Fall beiste es weiter, sei nur ein Glied in einer langen Reihe von Fällen ähnlicher Art. Es wird dann betont, daß gerade die Regelung der Frage des Aufenthalts und der Niederlassung einen wichtigen Teil der Handelsvertragsverhandlungen bildet. Das Schreiben führt fort: Die polnische Regierung hat trotz der deutschen Vorstellungen die erwählten Reichsangehörigen zum Verlassen des polnischen Staatsgebietes gezwungen. Sie hat damit aus neue zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, auf die deutschen Vorschläge in der Frage des Aufenthalts und der Niederlassung einzugehen.

daß sie vielmehr im Widerspruch mit diesen Vorschriften und trotz ihrer seit langen Monaten im Gange befindlichen Erörterung im weitgehenden Maße vollendete Tauschen zu schaffen sucht. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß bei dieser Sachlage die Verhandlungen in der bisherigen Weise nicht mit Aussicht auf Erfolg fortgeführt werden können. Ich beehre mich daher, Herr Bevollmächtigter, Ihnen mitzuteilen, daß nach Auffassung der deutschen Regierung

eine vorläufige Ausfegung der in Berlin geführten Verhandlungen geboten ist.

In der Zwischenzeit würde zunächst der Versuch zu machen sein, diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus den Ausweisungen und Verdrängungen der in Rede stehenden Territorien ergeben.

Das Schreiben schließt mit dem Hinweis darauf, daß die deutsche Gefandtschaft in Warschau einen Antrag auf direkte Verhandlungen über die Frage der Ausweisungen bereits gestellt hat. Die deutsche Regierung würde es begrüßen, wenn diese Verhandlungen unersüßlich aufgenommen würden und zu einem Ergebnis führen, durch das die baldige Wiederaufnahme der Gesamtverhandlungen ermöglicht wird.

Hierzu wird uns über den bisherigen Verlauf und den augenblicklichen Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen noch folgendes mitgeteilt: Bekanntlich sind die Handelsvertragsverhandlungen seit zwei Jahren im Gange. Wenn in der deutschen Gesellschaft in letzter Zeit mehrfach die Ansicht aufgetaucht ist, die Verhandlungen näherten sich bereits dem Abschluß oder hätten, wie es von polnischer Seite dargestellt wurde, nennenswerte Fortschritte gemacht, so ist dies leider unzutreffend. In der Kommission für die Rechte der physischen und juristischen Personen stand die polnische Delegation nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das

vertragsmäßige Niederlassungsrecht auf's äußerste
beschränkt

werden mußte. Auch nachdem die deutsche Delegation erklärt hatte, sie sei grundsätzlich bereit, ein vertragsgemäßes Niederlassungsrecht nur für wirtschaftlich tätige Personen in Anspruch zu nehmen, hat Polen das Niederlassungsrecht für die gesamte Landwirtschaft, für alle Angestellten und für fast alle anderen Verufe ausdrücklich abgelehnt, sodas dieses Recht praktisch nur für die Eintragung in das Handelsregister der inbetracht kommenden Kaufleute und Gewerbetreibenden übrig geblieben wäre. Auch waren von der polnischen Delegation jungen irgenbwelcher Art, die eine sichere Gewähr für einen einwandfreien Sanbshabung der polnischen Einreisebestimmungen, wenigstens bei Einreisen zu vorübergehendem Aufenthalt, bieten, nicht zu erlan-

Reichstanzler Dr. Wirth machte Johann den
erlich, seine Haltung anfänglich der Zustimmung über
des Vertrauenswortum für das Kabinett Marx zu
schaffertigen. Die Ausführungen Dr. Wirths
ließen seitens des Reichstanzlers Dr. Marx und des
Ministerpräsidenten A. D. Dr. Stegerwald beson
derer Erklärungen hervor, welche eindeutig den
Grundlag herausstellten, daß niemand, der Mit
glied einer Partei oder einer Frak
tion sei, Sonderaktionen unternehmen
dürfte. Die Bedenken Dr. Wirths gegen das Ka
binett seien nicht inhaltlich, da die dem Zentrum
angehörigen Minister die beste Garantie dafür
seien, daß die bisher verfolgte Linie der Außen
politik und Sozialpolitik unbedingt eingehal
ten werde.

gen, obwohl die deutsche Delegation auch in dieser Beziehung ihre anfänglichen Forderungen weitgehend erfüllt hat. Die polnische Delegation war vielmehr in jeder Weise bestrebt,

für Polen völlige Freiheit in der Handhabung der inneren Verwaltungsbestimmungen sich vorbehalten.

Ebenso wenig wie in der Niederlassungskommission ist es auch in der Kommission für die polnischen Fragen bisher gelungen, eine wesentliche Annäherung zu erzielen. Die deutsche Delegation hat sich um einen der wichtigsten Streitpunkte zu nennen, trotz schwerer Bedenken der Landwirtschaft, bereit erklärt, für Deutsch-Oberschlesien ein bestimmtes Kontingent geschlachteter Schweine und für eine Anzahl deutscher Fleischfabriken Schweinefleisch in unbegrenzter Menge hereinzulassen. Die polnische Delegation hat sich darauf beschränkt, dieses Zugeständnis einfach als ungenügend zu bezeichnen.

Gegentzessionen sind von polnischer Seite nicht erfolgt.

nach Letzt sehr starke Gegenstände. Für einen Abschluß des Vertrages in absehbarer Zeit besteht dabei keinerlei Aussicht, so bringend er im Interesse beider Länder auch zu wünschen wäre. Die jetzt eintretende Pause wird hoffentlich nicht nur zu einer schnelleren Regelung der Ausbreitungsfrage selbst führen, sondern der polnischen Regierung auch Gelegenheit geben, die übrigen strittigen Punkte erneut in Erwägung zu ziehen.

Die Antwort Polens.

× Warschau, 13. März. Der schon seit einigen Tagen hier weilende Bevollmächtigte der polnischen Regierung bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Dr. Prondzynski hat den Auftrag erhalten, sich unverzüglich nach Berlin zu begeben, um den Brief des deutschen Bevollmächtigten Dr. Sebold zu beantworten, sowie um die Agenten der polnischen Delegation in Berlin angesichts der Unterbrechung der Verhandlungen zu liquidieren.

Eine eigenartige Auffassung.

Berlin, 13. Febr. Der polnische Außenminister Jakszki hat nach einem aus Warschau vorliegenden Telegramm dem Vertreter der Zeitung „Głos Prawdy“ eine Erklärung abgegeben, in der er sagt, er sei erstaunt darüber, daß die Reichsregierung sich, der anlagte Gefühl habe, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverbindungen zu unterbrechen. Wenn die Reichsregierung mit der derzeitigen Stellung der deutschen Staatsangehörigen in der polnischen Ausländergesetzgebung unzufrieden sei, so hätte doch gerade aus diesem Grunde für Deutschland alle Veranlassung bestanden, die Verhandlungen weiterzuführen, um ein zufriedenstellendes Ergebnis in diesem Punkte herbeizuführen. Für Polen bestiehe doch vor Abschluß der betreffenden Verhandlungen keine Veranlassung, den später vertragsmäßigen Zustand schon jetzt einzuführen. (Das ist eine doch immerhin recht eigenartig anmutende Auffassung des verantwortlichen Leiters der polnischen Außenpolitik. Deutschland kann und darf es nicht zulassen, daß in einem Augenblicke, wo nach langjährigen vergeblichen Versuchen endlich ein vertragsmäßiger Zustand geschaffen werden soll, von einer Seite der an sich schon unerbittlichen Zustand der gegenseitigen Beziehungen durch einseitige Unfreundlichkeiten sogar gegenüber dem bisherigen Zustand verändert und zu Ungunsten Deutschlands verschlechtert wird.)

Rücktritt des Westwoden Gergannski?

... Kattowitz, 12. Febr. Wie in hiesigen polnischen-polnischen Preisen verlautet, wird mit dem Rücktritt des Bohdan Gracynski in aller nächster Zeit gerechnet. Als sein Nachfolger wird der polnische sozialistische Sejmabgeordnete Bieniekiewicz genannt.

Bei der Ankündigung der Abstimmung über das von Dr. Penning eingebrachte Vertrauensvotum fürlich Dr. Wirth den SitzungsSaal. Der Antrag selbst wurde sodann unter großem Beifall einstimmig angenommen. Nach der Abstimmung erschien Dr. Wirth wieder im Saal. Es schloß sich hierauf noch eine kurze Debatte über die Außenpolitik. In der Hauptsache sprachen hier Dr. Kaas und Dr. Wirth.

Die nur fünfstündige, sehr eindrucksvolle und
 uchtbare Sitzung konnte Reichskanzler Dr. Max Kurz
 3 Uhr lobann schließen mit dem Gelöbniß, im
 inne unserer bewährten Grundsätze auch weiterhin
 hte Zentrumspolitik zu machen und darauf
 achten, daß nichts geschehe, was der Verfassung
 le überhaupt unsern Grundsätzen entgegenstehe.

Berlin und Warschau.

Seit mehr als 14 Jahren dauert schon der Handelskrieg zwischen Deutschland und Polen, wie ja überhaupt das deutsch-polnische Verhältnis sehr zu wünschen übrig läßt. Oberschlesien läßt den polnischen Willen, das Deutschtum systematisch zu unterdrücken, deutlich erkennen, und die Aufsichtsbehörde hat für einen lokalen Durchfuhrung der Genfer Abmachungen aus den Augen der Deutschen verschiedentlich intervenieren müssen. Im Falle der Chorzow-Stichtschowwerke hat der Internationale Gerichtshof in Haag den Polen Unrecht gegeben, ohne daß die Polen daraus die Konsequenzen gezogen hätten, sodaß jetzt das Deutsche Reich bei seinem Gerichte eine neue Klage gegen Polen anhängig gemacht hat. Es ist ganz unverkennbar, daß Polen diese Chorzow-Verhandlungen in die Länge ziehen will, bis es eine neue Stichtschowfabrik in Radom erbaut hat. Das polnische Verbotshaus ist ganz offensichtlich, und es bedarf gar keiner Verluste mehr, das Maß des Unrechts haben und drüber abzuwägen. Es sind dann vor einigen Tagen mehrere leitende Beamte der obereschlesischen Kleinbahn Elektrizitätswerke A. G. aus Polen ausgewiesen worden, und diese Ausweisungen haben zu einem deutsch-polnischen Notenwechsel geführt und schließlich auch zu deutschen Kabinettsberatungen, in denen beschlossen wurde, die Handelsvertragsverhandlungen vorläufig abbrechen und erst eine Verständigung über die Ausweisungen zu erzielen. Polens Haltung ergibt sich aus folgender Äußerung des bekannten Zentrumsführers in Oberschlesien, des Abg. Ullrich:

Deutschland strebe, ebenso wie mit allen Völkern, auch mit Polen zu einem geistlichen Verhältnis zu kommen. Dieses Bestreben begegne leider großen Schwierigkeiten, da Polen die deutschen Minderheiten weder klug, noch gerecht, noch als vertragsmäßig behandle. Es erfolge somit immer neue Ausweisungen von Deutschen. Die deutsche Minderheitsschule werde vertrieben und unterdrückt. Die Ursache dieser Haltung der polnischen Regierung sei hauptsächlich aus ihre Verorsung zurückzuführen, daß die durch den Verfaller Friedensvertrag und das Genfer Diktat geschaffene Grenze nicht als stabil angesehen werden könnte. Diese Verorsung schöpfe Polen aus der Haltung beachtlicher Staaten zu der Frage der Csgrenze. Vor allem sei Polen nehmend über die trotz aller Unterdrückungsmassnahmen zunehmende Stimmung der ostpreussischen Bevölkerung für Deutschland, die besonders bei den letzten Gemeinwahlen einen in der ganzen Welt Aussehen erregenden Ausdruck fand. In den an Polen abgetretenen Gebieten zeige sich naturnotwendig, daß sich eine jahrhundertlange deutsche Kultur nicht in Jahren und Monaten auszuheilen lasse. Solange Polen sich nicht zu einer vertragsstreuen Behandlung der deutschen Minderheit entschließen könne, werde eine restlose Befriedigung seines nachbarlichen Verhältnisses zu Deutschland nicht eintreten können. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung taten alles, um Polen die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der deutschen Minderheit zu erleichtern und zu ermöglichen. Die durch Polen verursachte politische Spannung zwischen Deutschland und Polen sei eine der Hauptursachen, weshalb sich der Abschlus der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen so außergewöhnlich verzögere.

Es ist nicht anzunehmen, daß die schlesische Wojewodschaft bezw. das polnische Außenministerium sich ganz der Tragweite ihrer Stellungnahme gegenüber der Nichtverlängerung der Aufenthaltsgenehmigung der Beamten der Kleinbahn-Gesellschaft zuwende bemußt gewesen ist. Man glaubte wohl nur eine „Verwaltungsmaßnahme“ zu treffen, die sich ähnlichen Schritten in der letzten Zeit anreihete, entsprechend der beschleunigten Entdeutschungstendenz des ober-schlesischen Wojewodens. Man war sich anscheinend nicht bemußt, daß man damit im Widerspruch zu der polnischen Delegation in Berlin handelte, die sich nach Weidungen aus Rattowitz den deutschen Wünschen gegenüber im allgemeinen entgegenkommend zeigte, deren Verwirklichung man, wenn auch nicht in jeder Einzelheit, so doch in den Grundzügen anerkannte. Aber das Vorgehen der schlesischen Wojewodschaft, das vom polnischen Außenminister weiter gedeckt wird, kam deutschen und von deutscher Seite konnte man das polnische Vorgehen nicht anders auffassen, denn als einen stillen Widerspruch zu den schwebenden Niederlassungsverhandlungen.

Auf beiden Seiten behauptet man, daß der Zustand in den Polen die beiden Nachbarländer hineingetrieben hat, nur der anderen Seite schaden könne. Aber die „Kattowitzer Ztg.“, das in Polen erscheinende deutsche Blatt, das zu der Krisis Stellung nimmt, meint:

Kein Teil kann ohne erheblichen Preisverlust
 urad. Wir stehen einer heillos verfahrenen
 Lage gegenüber, und die Wirtschaft beider Länder
 trägt den Schaden. Die mangelnde Rücksichtnahme der
 politischen Faktoren auf die dringlichsten wirt-
 schaftlichen Interessen ist jedenfalls die Grundursache
 dieses neuen Unglücks. Jeder in Deutschland noch in
 solen herrscht Freude über dieses Ereignis. Die Ge-
 fahren, die aus dem Abbruch (?) der Verhandlungen
 erwachsen, sind in vollem Umfang noch gar nicht
 zu übersehen; sie sind aber jedenfalls schwer, weil an
 der Beseitigung des Konflikts in der nächsten Zeit gar
 nicht zu denken ist.

Auch wir meinen, daß die Erfahrungen, die wir seit dem Kriege mit Polen machen, uns nicht veranlassen sollten, falsches Blut zu verlieren. Unzweifelhaft ist ein Handelsvertrag seinen Zweck, wenn er nur die Freigabe der Güter, nicht aber auch die Freizügigkeit der Menschen sichert, denen die Vermauerung dieser Güter anvertraut ist. Deshalb will auch

